

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2011

Übernahme aller Pflegekräfte nach der Ausbildung bei der Gesundheit Nord

Wie keine andere Branche ist die Pflege bereits jetzt massiv vom Personalmangel betroffen, ein bundesweiter Pflegenotstand droht nicht nur, er ist vielerorts längst eingetreten. Über den demografischen Wandel und seine unmittelbaren Folgen, besonders im pflegerischen Bereich, herrscht allseits Konsens. Denn bereits seit 1972 ist die Sterberate (Mortalität) höher als die Geburtenrate (Fertilitätsrate) bei gleichzeitig ansteigender Lebenserwartung. Die Folge: Einer in Zukunft stets wachsenden Zahl chronisch kranker, multimorbider und pflegebedürftiger Menschen steht inzwischen eine immer weiter abnehmende Zahl von pflegerischem Fachpersonal gegenüber. Und dieser Bedarf an hochqualifiziertem Personal wird in Kliniken und Pflegeeinrichtungen weiter wachsen.

Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die derzeitigen Pläne der Gesundheit Nord (GeNo), höchstens die Hälfte der Auszubildenden nach deren Abschluss zu übernehmen, als geradezu fahrlässig. Dass man gut ausgebildetes Pflegepersonal nicht an die ausbildenden Häuser bindet, ihnen so eine Lebensperspektive bietet und den nicht von der Hand zu weisenden Bedarf an Pflegekräften deckt, stößt nicht nur bei den Betroffenen, es stößt auch bei uns auf Unverständnis. Seit dem Sommer 2010 kämpfen die Auszubildenden an den kommunalen Bremer Kliniken für ihre Übernahme. Die GeNo lehnt dies kategorisch ab, sondern will künftig höchstens der Hälfte der Absolventen einen Arbeitsplatz anbieten, wobei eine verschärfte Fehlzeiten- und Notenregelung zu den Auswahlkriterien gehören soll.

Wir fragen den Senat:

1. Hält der Senat die Übernahme aller an den kommunalen Bremer Kliniken ausgebildeten Pflegekräfte für notwendig, um einen drohenden Fachkräftemangel abzuwenden?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, auf die Geschäftsleitung der GeNo dahingehend einzuwirken, alle ausgebildeten Pflegekräfte zu übernehmen, um so eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in den Bremer Kliniken auch in Zukunft sicherzustellen?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

D a z u

Antwort des Senats vom 18. Oktober 2011

1. Hält der Senat die Übernahme aller an den kommunalen Bremer Kliniken ausgebildeten Pflegekräfte für notwendig, um einen drohenden Fachkräftemangel abzuwenden?

Der Senat hält es grundsätzlich für erforderlich, dass Auszubildende von den kommunalen Kliniken im Rahmen des bestehenden Personalbedarfes übernommen werden. Dies allein ist aber nicht ausreichend, um zukünftig drohenden Fachkräftemangel abzuwenden. Deshalb positioniert sich die Gesundheit Nord durch unterschiedliche Maßnahmen als interessanter Arbeitgeber.

Die Arbeitsplätze des Klinikverbunds der Gesundheit Nord sind durch die Möglichkeiten des Personalbinnenmarktes und durch die vielfältigen Berufsmöglichkeiten für gut ausgebildetes Pflegefachpersonal sehr attraktiv. Hinzu kommt eine ebenfalls attraktive Vergütung im Vergleich zu anderen Krankenhausträgern durch die Anwendung des TVöD-K und die Zahlung einer zusätzlichen Altersversorgung. Zudem bietet der Klinikverbund ein breit gefächertes Angebot an internen Fort- und Weiterbildungen an. Familienfreundlichkeit wird durch flexible Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit, die Gewährung von Sonderurlaub zum Beispiel für Kinder- und Angehörigenbetreuung und weitreichende Kinderferienbetreuungen groß geschrieben. In diesem Sinne positioniert sich der Klinikverbund auf vielfältige Weise auch künftig als attraktiver Arbeitgeber – nicht nur für Pflegepersonal – und wirkt damit dem drohenden Fachkräftemangel entgegen.

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, auf die Geschäftsleitung der GeNo dahingehend einzuwirken, alle ausgebildeten Pflegekräfte zu übernehmen, um so eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung in den Bremer Kliniken auch in Zukunft sicherzustellen?

Die Bremer Kliniken und der Senat werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die hohe Qualität, die Bremen seinen Bürgern durch seine leistungsstarken Krankenhäuser und eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung bietet, auch in Zukunft Bestand haben wird. Dieses Engagement hat viele Aspekte. Einer davon ist dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken, wie in Frage 1 dargestellt.